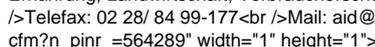




Ängste gegenüber Freihandelsabkommen

Ängste gegenüber Freihandelsabkommen
Auch US-Verbraucherschützer fordern Transparenz
Die Tatsache, dass die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Washingtoner Handelskammer wenig Geräusche im amerikanischen Blätterwald erzeugt hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch amerikanische Verbraucherorganisationen mit dem Thema "Freihandelsabkommen" beschäftigen. Deren Sorgen richten sich allerdings weniger auf den angestrebten Abbau von Handelshemmnissen mit der EU, sondern vielmehr auf den Rest der Welt.
Interessanterweise lesen sich die vorgebrachten Bedenken fast identisch zu denen, die auch in der kritischen Berichterstattung in Deutschland und Europa zu finden sind. Die US-amerikanische Verbraucherorganisation "Organic Consumer Association (OCA)" sorgt sich vornehmlich um die Folgen der Freihandelsverhandlungen im pazifischen Raum. Neben dem angestrebten "Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)" mit der EU geht es um das "Trans-Pacific Partnership (TPP)" mit Japan und anderen pazifischen Staaten.
Solche Abkommen würden die USA laut OCA zwingen, nationale Standards dem kleinsten gemeinsamen Nenner anzupassen. Wenn beispielsweise Vietnam höhere Antibiotika-Rückstände in Fischereiprodukten erlaube, könnten die USA gezwungen werden, diese Grenzwerte zu akzeptieren, um den Import von Fisch aus Vietnam in die USA zu erlauben, um keine Klage des Fisch-Exporteurs zu riskieren. Solche Klagen hatte es in der Vergangenheit schon als Folge des NAFTA-Abkommens von 2005 gegeben: Lebensmittelkonzerne hatten Staaten gerichtlich zu hohen Zahlungen gezwungen, weil diese gegen das Abkommen verstoßen hatten.
Die Organisation warnt deshalb davor, beide Abkommen, TTP und TTIP, könnten negative Auswirkungen auf die amerikanische Lebensmittelsicherheit haben und auch die Europäer würden unter der Absenkung ihrer Standards leiden. Die Kritik richtet sich aber auch in den USA nicht nur gegen mögliche Inhalte der Abkommen, sondern auch gegen den politischen Entscheidungsprozess: dieser laufe weitgehend im Verborgenen ab, als eine Art Geheimverhandlung im Schnelldurchlauf. Während die großen Konzerne Zugang zu den Vertragsentwürfen hätten, bliebe dieser den Kongressabgeordneten verwehrt.
Die Organisation richtete deshalb eine Petition an die US-Regierung "Freihandels-Verhandlungen dürfen nicht geheim sein!"
Fazit: Auch in den USA gibt es Sorgen und Ängste von Verbrauchern, die sich zu wenig einbezogen und ernst genommen fühlen. Insofern ist die Situation vergleichbar, auch wenn sich Sorgen weniger auf das TTIP mit Europa, sondern auf den Rest der Welt bezieht.
aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V.
Heilsbachstr. 16
53123 Bonn
Deutschland
Telefon: 02 28/ 84 99-0
Telefax: 02 28/ 84 99-177
Mail: aid@aid.de
URL: <http://www.aid.de>


Pressekontakt

aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V.

53123 Bonn

aid.de
aid@aid.de

Firmenkontakt

aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V.

53123 Bonn

aid.de
aid@aid.de

aid ? drei Buchstaben stehen für: Wissenschaftlich abgesicherte Informationen Fach- und Medienkompetenz Und ein kreatives Informationsangebot in den Bereichen "Verbraucher und Ernährung" sowie "Landwirtschaft und Umwelt". Wer informieren will, muss besser informiert sein. Die Vielzahl von Informationen, die täglich auf jeden von uns einströmt, ist kaum noch zu überblicken. Oft widersprechen sich die Aussagen und verwirren mehr als sie nützen. Gefragt sind Ratschläge, die wissenschaftlich abgesichert sind und sachlich informieren. Der aid hat sich genau das zur Aufgabe gemacht und bietet wissenschaftlich abgesicherte Informationen in den Bereichen "Verbraucher und Ernährung" und "Landwirtschaft und Umwelt". Unsere Aussagen sind unabhängig und orientieren sich an den gesicherten Erkenntnissen der Wissenschaft. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Praktikern sammeln wir Fakten und Hintergrundinformationen, werten sie aus und bereiten sie zielgruppengerecht auf. Unsere Publikationen wenden sich an Verbraucher, Landwirte und Multiplikatoren wie Lehrer, Berater und Journalisten. Der aid ist ein gemeinnütziger Verein und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft finanziert. Sein Auftrag, sachlich und interessenunabhängig zu informieren, ist in der Satzung festgelegt. Beim aid arbeiten namhafte Experten, Praktiker und Medienfachleute zusammen. Informationsmedien, die der aid herausgibt, entsprechen dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und vermitteln Wissen zielgruppengerecht und praxisorientiert.